

Wien, am Montag, den 4. April 1927. Zweite Ausgabe

Falsche Zahlen im christlichsozialen Wahlaufuf. Der von der Wiener christlichsozialen Parteileitung am Sonntag veröffentlichte Wahlaufuf enthält über den Umfang der Fürsorgetätigkeit der Gemeinde Angaben, die gänzlich falsch sind und einer Richtigstellung bedürfen. Es heisst dort, dass die Ausgaben der Gemeinde für die gesamte Armenpflege, für die Kinder und Jugendfürsorge, für das Gesundheitswesen und alle sonstigen Wohlfahrtsangelegenheiten 45.7 Millionen Schilling ausmachen. Das ist unzutreffend. Die Ausgaben für diese Zwecke betragen vielmehr netto 74.712.020 Schilling. Im Veranschlag für das Jahr 1927 sind diese Ausgaben im Ausweis 5 angeführt und betragen nach Abzug der Einnahmen 62.272.020 Schilling. Dazu kommt aber noch der in der Gruppe Sozialpolitik verrechnete Aufwand der Gemeinde für die Arbeitslosen von 12.440.000 Schilling. Das ergibt die oben genannte Summe von 74.712.020 Schilling. Also um 29 Millionen Schilling mehr, als im Wahlaufuf der christlichsozialen Parteileitung angegeben sind. Dabei bleibt aber noch eine ganze Reihe von Fürsorgemassnahmen, wie insbesondere der Aufwand für das Bäderwesen und für die Gartenanlagen ausser Betracht. Ebenso gehören die Aufwendungen der Gemeinde auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge von rund 119 Millionen Schilling in diese Rechnung. Der Bund wendet für das Wohnungswesen nur eine Million Schilling auf, die beim Bundesministerium für soziale Verwaltung verzeichnet stehen, woraus der Fürsorgecharakter zweifellos hervorgeht. Unbestreitbar ist jedenfalls, dass der Wahlaufuf der christlichsozialen Partei aus 74.7 Millionen Schilling, die die Gemeinde Wien auf Fürsorgezwecke im engeren Sinne des Wortes verwendet, einfach 45.7 Millionen Schilling gemacht hat. Die Ausgaben des Bundes für Fürsorge werden im Wahlaufuf mit 114 Millionen Schilling angegeben. Das entspricht gleichfalls nicht der Wirklichkeit. Es heisst dort, dass für die Kriegsoffer 67 Millionen Schilling ausgegeben werden. Dem stehen aber als Einnahmen laut Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1927, Seite 38, volle 17 Millionen Schilling gegenüber. Es verringert sich daher der tatsächliche Aufwand um diesen Betrag. Wenn also der Wahlaufuf der Wiener christlichsozialen Parteileitung 114.2 Millionen Schilling Aufwand des Bundes für Wohlfahrtszwecke mit 45.7 Millionen Schilling bei der Gemeinde Wien vergleicht, so sind diese Zahlen vollkommen willkürlich und falsch. Selbst wenn man den Aufwand der Gemeinde für die Wohnhausbauten, für die Bäder und Gärten, die zweifellos zur Fürsorge gehören, weglässt, stehen 97 Millionen des Bundes 74.7 Millionen der Gemeinde gegenüber. Dabei darf man aber nicht vergessen, dass die Ausgaben Wiens sich auf eine Bevölkerung von nur 1.867.000 Menschen beziehen, während die des Bundes einem mehr als dreimal so grossen Menschenkreis dienen sollen. Wenn ein Vergleich zwischen zwei Verwaltungskörpern ein halbwegs richtiges Bild geben soll, so muss selbstverständlich gerade darauf Bedacht genommen werden. Die gewältige Mehrleistung der Gemeinde für die Volkswohlfahrt tritt am deutlichsten bei der Bekämpfung der Tuberkulose in Erscheinung. Für 1927 hat der Bund unter diesem Titel 130.000 Schilling veranschlagt. Hingegen stellt sich der Nettoaufwand der Gemeinde auf 3.125.000 Schilling. Die Gemeinde Wien gibt also für die Bekämpfung der Tuberkulose vierundzwanzigmal soviel aus, wie der Bund. Es ist sehr bedauerlich, dass der Wahlaufuf einer so grossen Partei derart krasse Unrichtigkeiten enthält.